

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/63

Hannover, 12. August 1947
Telefon: 20951

Im Folgenden geben wir einen Auszug aus der Rede, die Dr. Kurt Schumacher am 14. ds. Mts. in Berlin halten wird. Wir bitten, unter allen Umständen die Sperrfrist, die damit gegeben ist, zu beachten.

SPD und Ostzone Von Dr. Kurt Schumacher

Die Zulassung der Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone ist von der Sozialdemokratie seit den Tagen der Zwangsfusionierung im April 1946 immer wieder bei jeder politischen Gelegenheit gefordert worden.

Bis vor kurzem hat man diese Forderung ignoriert. Bei ihren Besuchen in den westlichen Besatzungszonen haben die beiden nominellen Vorsitzenden der kommunistischen SED den Gedanken, die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone wieder zuzulassen, weit von sich gewiesen. Man würde nach ihrer Meinung damit den erreichten Fortschritt aufgeben.

Allmählich aber ändert sich die Taktik der anderen Seite. Die Kommunisten beginnen zu fragen, warum die Sozialdemokratie nicht den Antrag auf Zulassung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone stellt. Neudankings gibt auch die Sowjetische Militär-Administration in einer recht verspäteten Verlautbarung zum Nürnberger Parteitag der SPD ihr Interesse an dieser Frage zu erkennen.

Wir können die Darstellung der Kommunisten wie der SMA nicht unwidersprochen hinnehmen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist im Juni 1945 von der SMA zusammen mit den drei anderen Parteien zugelassen worden. Diese Zulassung ist durch die SMA bis heute nicht widerrufen worden. Man hat der Sozialdemokratischen Partei weder nachgewiesen, noch nachzuweisen versucht, daß sie für das politische Leben in dieser Besatzungszone ein Hemmnis sei.

Eine freiwillige Vereinigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hat im April 1946 nicht stattgefunden! Die Kommunisten haben den Akt, den sie Vereinigung nennen, mit Terror und Zwangsmaßnahmen und Ausnutzung ihrer Position bei der Besatzungsmacht durchgeführt. Dieser Vorgang war rechts- und sittenwidrig und konnte kein neues Recht begründen. Der SMA wie den Kommunisten ist bekannt, daß die

große Mehrheit der Sozialdemokraten schon damals gegen diese erzwungene Fusion war und heute mehr denn je dagegen ist.

Es hatte in der ganzen sowjetischen Besatzungszone keinerlei Urabstimmung der sozialdemokratischen Mitgliedschaften weder auf lokaler, noch auf bezirklicher Grundlage stattgefunden. Es sind lediglich sogenannte "Parteitage" inszeniert worden. Die Haltung der Delegierten ist durch völlig einseitige Propaganda und durch die besonderen sozialpolitischen Methoden ihrer Auswahl von vornherein undemokratisch bestimmt gewesen. Diesen "Parteitagen" hat jede demokratische Legitimation gefehlt.

Praktisch ist die Sozialdemokratische Partei verboten und die Träger ihrer Anschauungen werden verfolgt. Rechtlich ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorhanden. Notwendig ist, den Zustand der tatsächlichen Behinderung und Verfolgung aufzuheben. Das kann nicht die Sozialdemokratische Partei mit Anträgen, sondern nur die SMA mit einer politischen Haltung, die endlich demokratische Zustände in der sowjetischen Besatzungszone schafft.

Die Sozialdemokratische Partei ist nicht bereit, zehntausende ihrer Funktionäre zur politischen Arbeit aufzurufen, die dann von den Kommunisten erfolgreich bei der SMA als Hauptfeind Nr.1 denunziert werden.

Die sozialdemokratischen Funktionäre müssen nicht nur die tatsächliche staatsbürgerliche Gleichberechtigung, sondern auch die Garantie ihrer persönlichen Sicherheit haben. Eine Demokratie kann nur existieren, wenn ihre Träger frei von Furcht sind, ein Zustand, von dem die Demokraten der sowjetischen Besatzungszone so weit entfernt sind wie unter dem Dritten Reich.

Wir wollen auch keine Unklarheit darüber lassen, daß eine Sozialdemokratische Partei nicht möglich ist, wenn die jeweils zuständige Besatzungsmacht dauernd Versuche unternimmt, in ihre Politik hineinzureden und die Funktionäre selbst auszuwählen. Verhältnisse, unter denen z.B. Offiziere der Besatzungsmacht im sowjetischen Sektor von Berlin in sozialdemokratischen Versammlungen in die Diskussionen eingreifen oder kommunistische SEP-Versammlungen mit Besatzungsoffizieren als Referenten angekündigt werden, sind für die Sozialdemokratische Partei nicht tragbar.

Wir wollen zu den vielen Sorgen der Besatzungsmacht nicht noch auch die hinzufügen, sich um die sozialdemokratische Politik und die Auswahl ihrer Träger kümmern zu müssen. Eine Sozialdemokratische Partei hat nur einen Sinn, wenn sie frei ist.

Darum ist mit der Sozialdemokratie auch keine sogenannte Blockpolitik möglich. Das Ziel der Blockpolitik ist die Gleichschaltung zur Einheitsliste. Die Kommunistische Partei würde heute bei dem Zusammenstoß mit einer freien Sozialdemokratischen Partei zerbrechen. Die Forderung der Blockpolitik zeigt, daß man sich in kommunistischen Kreisen darüber klar ist, daß man nicht einmal die Konkurrenz mit den Liberal-Demokraten und der CDU aushalten kann. Die Massen der Bevölkerung sind zwar nicht Anhänger dieser beiden bürgerlichen Parteien, aber sie sind der kommunistischen SEP so abgeneigt, daß sie bei jeder Wahl sich gegen sie erklären würden.

Es gibt gar keine isolierte Frage der Zulassung der SPD. Es gibt

nur die Frage nach der Herstellung der Demokratie, d.h. nach der politischen Freiheit in der sowjetischen Besatzungszone. Freiheit aber entsteht nicht durch Unterwerfung und unehrliche Harmonieäuslei. Freiheit ist das Ergebnis von Kampf und Verschiedenheit nach außen und innen selbständiger und unabhängiger politischer Parteien.

Der bisherige Zustand der Verschiedenheit von Rechten und Pflichten in den einzelnen Besatzungszonen ist auf die Dauer unerträglich. Er führt zur Steigerung von Spannungen und Reibungen, die vermieden werden könnten. Darum hat der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Partei Deutschlands in Nürnberg auch die Forderung nach der Schaffung eines Besatzungsstatuts erhoben.

Das Besatzungsrecht sollte so gestaltet sein, daß auch die Besatzungsmächte die Verpflichtung haben, sich an das von ihnen gesetzte Recht zu halten. Der heutige Zustand der Rechtlosigkeit und der Willkürlichkeit gefährdet den Aufbau Deutschlands als eines Staates der Demokratie und des Friedens.

Wir sind nicht bereit, die Zulassung der kommunistischen SEP im Westen mit der freien Betätigung der Sozialdemokratischen Partei im Osten koppeln zu lassen. Die Kommunistische Partei ist im Westen zugelassen. Zwangsläufig folgert daraus, daß die Sozialdemokratische Partei im Osten zugelassen wird. Wir können und wollen keine Kompensationsgeschäfte auf dem Schwarzen Markt mit der Politik machen.

Wer den Versuch unternimmt, die Zulassung der SEP im Westen gegen die formale Zulassung der Sozialdemokratie im Osten auszuhandeln, versucht zu betrügen. Die kommunistische Bewegungsfreiheit ist gegeben; wir wollen die sozialdemokratische Aktionsfreiheit im Osten. Ist sie einmal hergestellt, dann ist es uns gleichgültig, unter welcher Firma die bankrotte kommunistische Politik von neuem verkauft werden soll.

Würden wir heute als Sozialdemokraten für die Zulassung der SEP im Westen eintreten, dann würden wir uns mitschuldig machen an dem Akt der Gewalt, des Betrugs und des Verrats, der im April 1946 vor sich gegangen ist. Wir würden etwas sanktionieren, was nicht zu rechtfertigen ist. Man gebe den Sozialdemokraten in der Ostzone die Freiheit, und man hat die nationale Einheit der Deutschen. Heute ist sie der Köder einer unehrlichen kommunistischen Politik, die nicht zu sagen wagt, was ihre wahren Absichten sind. Die Freiheit der Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone macht die nationale Einheit zur großen demokratischen Tatsache.

Genossen und Genossinnen in der Ostzone, Ihr habt zwölf schwere Jahre durchgestanden und schwere Zeiten liegen vor Euch. Ihr werdet vielleicht das Gefühl haben, von allen verlassen zu sein, wenn Ihr erleben müßt, daß das wirtschaftliche Leben in den Westzonen einen anderen Gang geht, als Ihr ihn unter Schmerzen wandern müßt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärt Euch, daß sie keine Zonenpartei ist. Wenn wir deutschen Sozialdemokraten an eine Zone besonders denken, dann ist es die Ostzone mit dem unübersehbaren Heer unserer guten und treuen Genossen und Genossinnen in diesem Gebiet. Denkt daran, daß Ihr nicht allein seid. Denkt daran, daß die Sozialdemokratische Partei stets für Euch eintritt und nie mit ihren Anstrengungen und Bemühungen für Euch erlahmen wird.

Übt Eure Ämter und Funktionen als loyale Staatsbürger aus. Seid Euch aber einig in Eurer Gesinnung und Eurer Haltung, Bleibt, was Ihr seid: deutsche Sozialdemokraten und internationale Sozialisten.

Wir wissen, daß Euch die Bürde Eurer Sorgen fast zu Boden drückt. Steht kameradschaftlich zueinander und haltet zusammen. Die sozialdemokratische Kraft in Eurer Zone ist die stärkste Möglichkeit, uns wieder in der Sozialdemokratischen Partei in einem geeinten Deutschland und einem friedlichen Europa zusammenzufinden.

Ostregierung?

K.F. Berlin, 13.8.1947

Als vor kurzem die amerikanische Militärregierung bekanntgab, daß die Ministerpräsidenten der Ostzone wegen ihres gegen die westlichen Alliierten gerichteten Memorandums für Besprechungen über eine eventuelle künftige deutsche Zentralregierung nicht mehr in Frage kämen, erschien die Regierungsstruktur der Ostzone wie nie zuvor in greller Beleuchtung. Der Vorgang war einleutig. Die politische Entfremdung, die er zwischen Westen und Osten Deutschlands demonstrierte, war scharf und schmerzlich umrissen.

Einerlei, was das Memorandum der aus München davongelaufenen östlichen Ministerpräsidenten nachträglich vom Kontrollrat erbat (nachdem Wochen vorher alle übrigen deutschen Ministerpräsidenten um eine gemeinsame Vorsprache ersucht hatten): daß dieses Ansuchen Züge trug, die von den Amerikanern als anti-alliierte Maßnahmen und Vorschläge verurteilt wurden, ist ein Zeichen der Versteifung, in die alle deutsche Politik im Schatten der interalliierten Politik geraten ist. Tatsache ist jedenfalls, daß der Block der östlichen Ministerpräsidenten, der bei der Münchener Konferenz noch von einigen Optimisten als eine spontane Zufallsaktion gedeutet werden wollte, eine zähe und gefährliche politische Wirklichkeit geworden ist. Diese Wirklichkeit ist umso alarmierender, als die Ministerpräsidenten der fünf sowjetisch besetzten Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen keine "Regierung" der Ostzone darstellen. Sie sind damals als ein gemeinsam handelnder Körper aufgetreten. Sie haben seitdem gemeinsame Erklärungen abgegeben. Sie sind seitdem gemeinsam anderen interzonalen Konferenzen (zuletzt der Flüchtlingskonferenz in Bad Segeberg) ferngeblieben. Und sie haben einen gemeinsamen Schritt beim Kontrollrat unternommen und nach Ablehnung dieses Schrittes gemeinsam über ein russisch lizenziertes Nachrichtenbüro eine Erklärung abgegeben.

Die Hintergründe dieser Handlungsform brauchen der Welt heute nicht mehr interpretiert zu werden, zumal sie unmittelbar hinter den größeren Ereignissen der Teilung in einen Ost- und einen Westblock aus Anlaß des Marshall-Plans abrollen. Daß die Länder der unter sowjetischer Besatzungshoheit stehenden Länder nicht anders handeln konnten als die Staaten, die nur sowjetisch beeinflusst sind, versteht sich von selbst. Auf dem deutschen Raume jedoch wird diese harte Trennung umso widerspruchsvoller, als eben diese Regierungen der Deutschen Ostländer mit einem konkurrenzlosen Pathos die deutsche Einheit in ihrer politischen und wirtschaftlichen Form zu ihren lautesten Programmpunkten zählen.

Inzwischen ist dieser Block auch offiziell durch ein behördliches

Grenzen zusammengeschlossen worden. Die "Wirtschaftskommission" der Zentralverwaltungen der Ostzone ist gewiß nicht mehr als ein östlicher Gegenzug gegen den Wirtschaftsrat der Bizone. Aber wie er entstanden ist und wie er arbeiten soll, das unterscheidet ihn sichtbar von den Absichten des westlichen Wirtschaftsrates. Die östliche "Wirtschaftskommission" ist nicht durch Wahl zustande gekommen. Sie ist eine von oben her eingesetzte Instanz von fünf, besonders wirtschaftlichen Fragen zugewandten Zentralverwaltungspräsidenten und den Wirtschaftsministern der fünf Länder. Da die Präsidenten der Zentralverwaltungen der Sowjetzone von der russischen Besatzungsmacht ernannt und bis auf den heutigen Tag durch keinerlei demokratische Wahl oder Kontrolle bestärkt sind, ist die Wirtschaftskommission der Ostzone mehr oder weniger ein Befehlsempfänger der Besatzungsmacht. Ob sie eine "Regierung" ist und anstelle der nicht vorhandenen Ostzonen-Regierung funktioniert: dies freilich wird von den verantwortlichen Interpreten verneint werden.

Bislang ist es vermieden worden, der Ostzone eine besondere Regierungsstruktur zu geben. Aber mit den Zentralverwaltungen für die Sowjetzone, die alle in Berlin stationiert sind, hat die Ostzone schon sehr lange eine vorbereitende Regierungsinstantz. Die Befugnisse dieser Zentralverwaltungen, an deren Spitze ein Präsident und zwei stellvertretende Präsidenten stehen, war bis vor kurzen sehr unübersichtlich. Sie sind sogar sehr kritisch geworden, seitdem im Herbst des Vorjahres die fünf Länder der Ostzone ihre ersten Wahlen hatten und danach neue Regierungen zusammenstellten. Diese Länderregierungen konnten, soweit in der Sowjetzone nach Ausschaltung der SED überhaupt davon die Rede sein kann, den Anspruch erheben, gewählte Regierungen zu sein, denen gegenüber die Berliner Zentralverwaltungen ernannte Apparaturen hatten. Die durch Militärbefehl vor kurzen eingerichtete "Wirtschaftskommission" der Zentralverwaltungen gibt nun den Zentralverwaltungen weitgehendes Weisungs- und Eingriffsrecht in die wirtschaftliche Struktur, Verwaltung und P. Bhung der Länder. Da diese Zentralverwaltungen aber von der SED ernannte Persönlichkeiten zu Leitern haben (nur zwei der fünfzehn Präsidenten gehören nicht offiziell der SED an) ist nunmehr auf dem für die Oststruktur entscheidenden Gebiete die "Regierungsmacht" der Zentralverwaltungen als der von der SED eingesetzten Organe klar gestellt worden.

[Eine Kontrolle dieser Weisungen durch irgendwelche demokratischen Organe gibt es nicht, wenn auch nach außen hin ein Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes den Tagungen der "Wirtschaftskommission" beiwohnt.] Als die Zentralverwaltungen eingerichtet wurden, glaubten ihre Initiatoren zweifellos die Modelle für künftige deutsche Gesamtregierungen zu schaffen. Man glaubte auch, daß die Institutionen der Ostzone inzwischen die größere Erfahrung haben müßten, um ohne weiteres in die gewachsenen Funktionen von Gesamtdeutschland eintreten zu können. Daß sich unterdessen diese "Zentralverwaltungen" entsprechend dem sowjetischen Muster der vielen Spezialministerien schon zu fünfzehn Ressorts ausgewachsen haben, von denen die "Zentralverwaltung für Inneres", abseits von den anderen, aber mit einem riesigen Apparat in Berlin-Johannisthal, von einem unheimlichen Dunkel umgeben ist, - dies alles verstärkt nur die Erkenntnis, daß diese Zentralverwaltungen zwar keine "Ostregierung" im anerkannten Sinne sind, aber die Platzhalter einer Regierung werden und sein sollten, die im Falle einer mög-

lichen deutschen Einheit sogleich ihre Karten zu repräsentieren hätten.

Es ist anders gekommen. Die langmonatigen östlichen Vorbereitungen auf das "Ganze" haben die tatsächliche Teilung immer rigorosere beschleunigt. Die bewußte Vorbereitung einer "Ostlösung", die die gesamte Struktur Deutschlands zur geeigneten Stunde vergewaltigen sollte, hat diese deutschen Organe der "Ostregierung" einleitig und unmißverständlich zu Organen ihrer Besatzungsmacht werden lassen. Das sind Entwicklungen, die für die Möglichkeit einer künftigen deutschen Einheitsregierung wenig hoffnungsvolle Aspekte stellen. Die Dinge müssen sehr klar und nüchtern gesehen werden, wenn diese grobe Verwirrung der Linien nicht zur endgültigen Spaltung führen soll. Genau so wenig wie eine einleitige "Westregierung" den Anspruch erheben könnte, die deutsche Regierung von morgen zu werden, genau so wenig wird es eine klar östlich orientierte sein. Vor allen aber wird es keine sein, die von irgendeiner alliierten Instanz ernannt ist, sondern eine, die den Volkswillen, wie er sich demokratisch bestätigt, repräsentiert.

Mißtrauische Demokraten

Deutschland gehört zu jenen Ländern, in denen im politischen Leben mehr Gerechtigkeit gefordert wird als die Wirklichkeit immer gewähren kann. Nachdem man der absoluten Ungerechtigkeit des nationalsozialistischen Systems beinahe widerstandslos gefolgt war, wird heute eine absolute und vielfach in Prinzipialien versäufende Gerechtigkeit verlangt. Während das erstere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zeitigte, bringt die andere Haltung nicht mehr als anregende Diskussionen.

Abgesehen von der in der Ostzone demonstrierten Blockpolitik, wo von den Landtagsfraktionen und den SED-Regierenden eine einmütige Solidarität und ein herzinniges Einvernehmen vorgeführt werden müssen, was jedoch keine allgemeine Zufriedenheit erzielt, exemplifiziert man in der Landtagen der Westzonen eine demokratische Politik, die die Bevölkerung immer wieder von neuem zu der abfälligen Bemerkung veranlaßt "Es kommt doch nichts dabei heraus".

Es gehört zum Wesen der neuen Demokratie in Deutschland, jede regierende Tätigkeit mit dem Ballast eines übertriebenen parlamentarischen Mißtrauens zu beschwern. Selbst wenn man dies als eine nach dem Pendelgesetz erfolgende Reaktion auf die unselige Zeit der zwölf Jahre wertet, kann man nicht umhin, darin zugleich eine gehörige Portion parteilicher und persönlicher Selbstgefälligkeit zu erblicken, die leider allzu destruktiv ist. Man wollte nicht an die Weimarer Zeit anknüpfen und ist auf den besten Wege dabei es zu tun. Es gilt aber, Hitler nicht nur mit Worten zu widerlegen - die Tatsache, daß ein Lortz wieder Anhänger fand, sollte zu denken geben.

Was die jetzt üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten anbetrifft, so erlebt man es oft in den Landtagen der Westzonen, daß zum Beispiel Regierungsvorlagen von den Abgeordneten mit dem gleichen Mißtrauen behandelt werden, wie Anträge einer diametralen Fraktion. Als die Niedersächsische Regierung letzthin einen Gesetzesentwurf einbrachte, der die Exekutive berechtigen sollte, die Grenzen der Gemeinden, Kreise und staatlichen Verwaltungsbezirke rationalisierend zu ordnen, wurde das Gesetz, um ihn die Zähne zu ziehen und schließlich den Straus zu machen,

der parlamentarischen Bürokratie - in diesem Falle einen Ausschuss - überwiesen. Grundsätzlich stimmten alle Fraktionen zu, doch aus prinzipiellen Gründen lehnte die Mehrheit ab, da sie eine Machtsteigerung der Regierung befürchtete. Wieder einmal war an den schwachen Grundfesten der Demokratie gerüttelt worden, obwohl sich im ganzen Hause kein Mensch befand, der die Demokratie in Gefahr bringen konnte. Wenn man jetzt in Schleswig-Holstein dem Führer der Opposition eine Aufwandsentschädigung gewährt, so mag dies ein bedeutsamer Schritt sein, um die Krankheit des Parlamentarismus - die Entschlußlosigkeit - zu überwinden. Frankreich und auch die deutschen Länder bieten ein Beispiel dafür, wie dieses Mißtrauen gegen die Regierenden zu permanenten Krisen führen kann, deren Kosten die Bevölkerung zu zahlen hat.

Das von einem Landtag gewählte Kabinett ist schließlich nichts anderes als der bedeutendste Ausschuss des Parlamentes. Man hat jedoch den Eindruck, daß jenes exponierte Gremium allzu oft mit der sogenannten orthodoxen Ministerialbürokratie verwechselt wird. Das Volk hat genug an interessanten Definitionen über das, was Demokratie ist, entgegennehmen müssen - es verlangt nach greifbaren Resultaten, wobei es nicht die geringste Achtung vor Ergebnissen hat, die aus "demokratischem Prinzip" verhindert wurden.

Die Verfassungen Süddeutschlands haben diesen Tatsachen nicht völlig gerecht werden können. Es wird an den Ländern der britischen Zone liegen, in ihren Verfassungen auch solche Sicherungen einzubauen, die es den Regierungen und den Parlamenten ermöglichen, mehr wesentliche Arbeit zu leisten. Fortwährende Rettungen der Demokratie aus Mißtrauen und prinzipiellen Erwägungen haben letzten Endes in Deutschland einmal zu ihrem Ableben beigetragen.

(b/B9/128/L/hs)

Kleine Koalition in Südbaden

Von unseren ständigen Mitarbeiter

Es hat Überwindung erheblicher Schwierigkeiten gekostet, bis endlich auch das Land Südbaden als letztes Land der französischen Zone und wohl auch als letztes Land Deutschlands eine Regierung bekam. Vor nahezu drei Monaten fanden die Landtagswahlen statt, innerhalb vier Wochen sollte verfassungsmäßig eine Regierung gebildet sein; es wurden aber daraus nahezu zwölf Wochen. Die Schwierigkeiten und Hemmnisse waren verschiedener Art. Zunächst bestand bei allen Parteien eine gewisse Abneigung, verantwortliche Regierungsposten zu übernehmen, nachdem nach der Annahme der Verfassung die Militärregierung in verschiedenen Anordnungen sich eine ganze Reihe verfassungsmäßig der Kompetenz der Regierung zustehende Gegenstände ihrer eigenen Entscheidung vorbehalten hatte, wozu dann noch die Verhaftung des Staatssekretärs für Landwirtschaft und Ernährung kam. Man fragte sich, was es denn nach diesen Einschränkungen eigentlich noch zu regieren gäbe. Und dann kamen die Parteien selbst zu keiner Einigung. Es begann ein wochenlanger Kampf um die verschiedenen Ministerien.

Die Sozialdemokratische Partei hatte bisher das Innen- und das Wirtschaftsministerium inne mit den Staatssekretären Dr. Nordmann und Dr. Leibrand als Verwaltern. Minister gab es bis jetzt in Südbaden nicht. Aufgrund des Wahlausfalls, der der SPD - oder der SPB, wie sie sich in Südbaden nennen muß, da das "D" streng verboten ist - als einziger Partei einen erheblichen Stimmenzuwachs gebracht hatte, bestand die Partei auf

Beibehaltung beider Ministerien. Die BCSV, Badische Christlich Soziale Volkspartei, verlangte aber das Innenministerium; ihren Anspruch begründete diese Partei mit dem Hinweis, daß sie im Landtag die absolute Mehrheit besitze. Nach langen Verhandlungen mußte schließlich die SPD nachgeben und das Innenministerium abtreten, es wurde ihr dafür das Justizministerium überlassen, das nun Dr. Nordmann übernahm, während Innenminister Ministerialdirektor Schuely wurde. Das Kultusministerium übernimmt Minister- und Staatspräsident Wohleb von der BCSV, das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium Abg. Schill, ebenfalls BCSV, ein bei der gesamten badischen Bauernschaft hochangesehener Landwirt.

Auch das Wirtschaftsministerium war heftig umstritten. Hier kam die Opposition von der Demokratischen Volkspartei, der Dr. Leibbrand zu sozialisierungsverdächtig ist. Es kann aber festgestellt werden, daß gerade in Südbaden einmal bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag und in der Regierung, wie dann aber auch bei dem Mangel einer zur Sozialisierung geeigneten Großindustrie und einer nahezu am Erliegen sich befindlichen sonstigen Industrie (die Rohstoffe gehen aus) wirklich keine "Sozialisierungsgefahr" besteht, abgesehen auch davon, daß die badische Verfassung bezüglich Planwirtschaft und Sozialisierung wohl die unzulänglichsten Bestimmungen aller deutschen Verfassungen aufweist. Es war dies ja auch der Grund, weshalb die Linksparteien die Verfassung ablehnten.

Als letzte Partei bleiben noch die Kommunisten, die bisher ihren Landesvorsitzenden Bokert in der Regierung hatten, zuerst als Staatsrat für Entnazifizierung und dann für den Wiederaufbau, einen fähigen und kenntnisreichen Kopf. Obgleich die Kommunisten wiederholt erklärten, daß sie bereit seien, loyal und aufbauwillig mitzuarbeiten, wurde ihr Anspruch auf Teilnahme an der Regierung von den bürgerlichen Parteien ziemlich schroff abgelehnt. Sie wurden sogar aus den verschiedenen Ausschüssen des Landtags völlig ausgeschaltet. Nur durch Entgegenkommen der SPD, die zu ihren Gunsten, auf einen Sitz im Vertrauensmännerausschuß verzichtete, bekam die KP wenigstens in diesem Ausschuss eine Vertretung. Ob diese Taktik der Landtagsmehrheit den Kommunisten gegenüber klug ist, kann bezweifelt werden.

Wir möchten die nunmehrige Zweiparteien-Regierung, der der Landtag sein Vertrauen aussprach, nur als ein Provisorium betrachten. Die im Lande zu bewältigende Aufbauarbeit, die zu überwindenden Schwierigkeiten, sind derart groß und umfangreich, daß dringend nötig wäre, diese Arbeit würde auf möglichst breiter Basis durchgeführt werden. Deshalb wäre zu wünschen, daß auch die noch außerhalb der Regierung stehenden beiden Parteien mit zur Verantwortung herangezogen werden.

Die Demokraten schmollen einstweilen noch. Trotzdem sie das Finanzministerium behalten sollten, haben sie noch keinen Regierungssitz übernommen. Das Finanzministerium wird einstweilen vom Ministerpräsidenten mit verwaltet.

(b/B100/128/1/hs)

Ein salomonisches Urteil?

Aus einer kleinen süddeutschen Kreisstadt wird gemeldet, die Gemeinververtretung habe sich nicht über einen Antrag auf Abänderung des Namens der Hindenburgstraße einigen können und darum beschlossen, bei der Militärregierung in dieser Sache anzufragen. Die Militärregierung habe daraufhin den folgenden salomonischen Spruch gefällt: Wenn die Hindenburgstraße dem Feldmarschall zu Ehren benannt sei, müsse sie umgetauft werden; sei sie es aber zur Erinnerung an den Reichspräsidenten, so könne sie bestehen bleiben.

Vermutlich werden die guten Stadtväter des alten Herrn Reichspräsidenten der Weimarer Republik gedenken - und so den Namen stehen lassen.

Uns dünkt der Entscheid der Militärregierung - wenn wir ihn überhaupt ernst zu nehmen haben - alles andere als salomonisch, denn beide Hälften des Begriffes Hindenburg scheinen uns an politischen Reminiszzenzen gleich belastet - ja, die des Reichspräsidenten im Grunde mehr als die des Feldmarschalls; unter dem Namen des Reichspräsidenten von Hindenburg sammelte sich in den Jahren 1929/30 der Deutschnationale Interessenverband der Harzburger Front, der die Nationalsozialisten parlamentsfähig deklarierte, mit diesen den Young-Feldzug startete und schließlich unter der Parole "Mehr Macht dem Reichspräsidenten" die Präsidialkabinette entstehen ließ, durch die das Parlament schrittweise entrechtet und das Schwergewicht mehr und mehr auf die Regierung verlagert wurde, bis dann Hitler mit seinem "Kabinett der nationalen Konzentration" kam, von dem schließlich das Kabinett auch noch verschwand und die Konzentration zur Tyrannei bzw. zu Lagern wurde...

Daß diese Entwicklung mit dem Namen des Reichspräsidenten Hindenburg unlösbar verbunden ist, sollte von uns Deutschen weit mehr beachtet werden, als es wichtig ist, den Feldmarschall mit Fleiß zu vergessen.

"Zahlen, die für sich sprechen"

Überschreibt eine Schweizer Tageszeitung eine Meldung über Transporte, die im Laufe des Monats April auf dem Wege aus der russischen Zone in Richtung Sowjetrußland Frankfurt an der Oder passierten. Es waren insgesamt 275 Züge mit 14 649 Waggons, von denen 38 mit 1 152 Wagen Eisenbahnschwellen geladen hatten, 169 Züge mit 10 041 Waggons Industriegut, 21 Züge mit 1 017 Wagen Kali, 18 Züge mit 1 030 Wagen voller Pferde, 11 Züge mit 574 Waggons Zuckerladung, 5 Züge mit Autos auf 233 Waggons, 3 Züge mit 143 Waggons Zement, 3 Züge mit 141 Wagen "Sondergut" und 6 Züge mit je 52 Waggons Getreide, 32 Waggons Fahrzeuge, 59 Waggons Literatur, 53 Waggons Geräte aller Art, 44 Waggons Textilien, 44 Waggons mit Schweinen und schließlich 1 Zug mit 34 Waggons - politischer Häftlinge.

Diese Zahlen, die wahrhaftig für sich sprechen, könnte man auch überschreiben: Reparationen, Demontagen und politische SSüberung, wie die Sowjetunion sie versteht und die SED sie gutheißt.

m/B54/118/1/ha)
